

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 6. April 1894.

Ein Wort zum Frieden.

Nach einem aufregenden parlamentarischen Kampf, der wie eine Sturmfluth seine Wogen bis tief ins Land, in alle Schichten der Bevölkerung hinein geschickt hat, ist nunmehr der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Rußland unter Dach und Fach gebracht; er steht bereits seit vierzehn Tagen in Kraft. Nicht minder scharf als der Zollkrieg, der dem Vertragsabschlusse vorausging, ist bei uns der parlamentarische Kampf geführt worden, weil alle großen Erwerbsgruppen bemüht gewesen sind, ihre besondern Interessen zur Geltung zu bringen. Die deutschen Staatsmänner und die Mehrheit des Parlaments sind sich bewußt, all diese Sonderinteressen in solchen Einklang gebracht zu haben, wie es der Förderung des Gemeinwohls entspricht. Nun ist eine gute alte deutsche Hausregel, daß man Streitigkeiten, die sich innerhalb der vier Wänden abgespielt haben mögen, nicht auf die Gasse hinausträgt; daß also, wenn einmal die Entscheidung durch die Autorität und durch die Majorität gefallen ist, der im Meinungskampf Unterlegene sich fügt und unverdrossen weiterschafft zur Ehre und zum Wohlstande des Hauses. Die Gegner des Vertrages waren, oder es noch sind, sollen es jetzt auf eine ehrliche Probe ankommen lassen und abwarten, wie die Dinge sich entwickeln. Wollen sie aber, weil der Vertrag nach ihrer Meinung ihren unmittelbaren Interessen nicht entspricht, den Kampf fortsetzen, so treten sie damit auf eine verhängnißvolle Bahn. An dem, was vollzogene Thatsache auf zehn Jahre ist, können sie nicht rütteln; sie schüren damit nur Verbitterung gegen das Gemeinwesen des Staates selbst. Das steht namentlich solchen schlecht an, die nach ihrem allgemeinen politischen Bekenntniß auf der Seite der staats-erhaltenden Parteien stehen und wohl wissen, daß monarchische Ordnung, daß Recht und Gesetz die Grundpfeiler des deutschen Reiches, die Grundbedingungen zum Bestande und Gedeihen der deutschen Nation sind.

Konservative Blätter, die unbefangen und objektiv urtheilen, haben solche Gesinnungsgenossen, die in Verkennung der Gründe und Thatsachen die Opposition fortsetzen, bereits den bitteren Vorwurf nicht gespart, daß sie demagogische Agitation treiben, wenn sie das Volk lehren, „den Kaiser und die Staatsmänner seiner Wahl als politische Gegner anzusehen,“ wenn sie „zum Sturze der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik das ganze Land feierlich aufrufen,“ wenn sie auf einmal gegen wirtschaftliche Maßnahmen Front machen, welche die Regierung zum Besten der Landwirtschaft plant.

Wer aber vermeint, daß ihn diese Vorwürfe nicht trafen, die aus der eignen Partei kommen, der soll sich warnen lassen durch das Lob, das ihm von der andern Seite entgegenschallt. „Die Agrarier fangen endlich an, konstitutionell zu werden!“ ruft das Organ der freisinnigen Volkspartei voller Genugthuung, und dasjenige der Sozialdemokratie freut sich „über die merkwürdige Umwandlung der Anschauungen, welche die Oppositionslust des Bundes der Landwirthe hervorgerufen, der nämlich Leute, die noch vor Kurzem ihr politisches Heil in der unbedingten Folgsamkeit gegen die hohe Obrigkeit erblickten; nunmehr sei der Boden für die Sozialdemokratie auch auf dem flachen Lande geebnet.“

Der Stand der deutschen Landwirthe, körperlich und sittlich der Kern unsers Volkes, wird mit Zorn solche aufdringlichen Lobsprüche von sich abweisen. Diejenigen aber, die fortfahren, mit leidenschaftlichen Agitationen ein gefährliches Spiel zu treiben, und damit ihren ganzen Stand in Verdacht bringen, trifft schwere Verantwortung. Sie dürfen sich nicht dabei beruhigen, daß sie nach ihrer Auffassung nur erstrebenswerthe Ziele verfolgen, lediglich ihren Stand und damit dem Vaterlande nützen wollen. Auch an sich anerkannterwerthe Ziele können mit schädlichen Mitteln betrieben werden. Aber wer vermeint, konservative Grundsätze auf demagogischem Wege durchsetzen zu können, wird das nicht erreichen,

sondern Gefühle im Volke nähren, die schließlich nur der Demokratie zu Gute kommen.

Die Regierung zeigt auf Schritt und Tritt ihre Bereitwilligkeit, den Wünschen der Landwirtschaft nachzukommen. Wer letztere ernstlich durchsetzen will, der schließe sich der Regierung an; nur mit vereinten Kräften können die nothwendigen agrarischen Reformen zu Stande kommen.

Die Aufgaben des Landtags.

Der Landtag ist noch mit einem sehr erheblichen Theile seiner Arbeiten im Rückstande. Vor Allem ist es ihm nicht gelungen, die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1894/95 vor dem 1. April fertig zu stellen, so daß sich die Regierung genöthigt sieht, ohne Statsgesetz die Verwaltung weiter zu führen. Es wird daher zunächst Pflicht des Abgeordnetenhauses sein, die Statsberathungen möglichst zu beschleunigen: im Rückstande sind noch von der zweiten Berathung der Etat der Eisenbahnverwaltung sowie die dritte Berathung des ganzen Stats, nach deren Erledigung erst das Herrenhaus in die Lage kommt, sich damit zu beschäftigen.

Die anderen noch der Erledigung harrenden Aufgaben sind, abgesehen von der durch das Herrenhaus vorberathenen Novelle zur evangelischen Kirchenverfassung, welche neue Bestimmungen über die Abänderung von Kirchengesetzen durch Staatsgesetze festsetzt, zumeist wirtschaftlicher Natur. Voran steht das Gesetz über die Landwirtschaftskammern, das von der dazu berufenen Kommission bereits durchberathen ist und demnächst zur zweiten Berathung im Plenum gelangen wird. Die Bedeutung dieses Entwurfs liegt darin, daß er der Landwirtschaft eine Organisation geben will, die als Grundlage für die weiteren im Interesse der Landwirtschaft zu ergreifenden Maßregeln dienen soll. Ferner ist das Gesetz über die Auffuchung und Gewinnung der Kali- und Magnesiumsalze, welches im Interesse der inländischen Landwirtschaft eine möglichst ökonomische und nachhaltige Verwendung dieser Salze durch Monopolisirung sicherstellen will, zur zweiten Berathung reif.

Von Wichtigkeit ist ferner die erst nach den Ferien eingegangene Vorlage über die neue Organisation der Eisenbahnverwaltung, welche am Donnerstag im Abgeordnetenhause zur ersten Berathung kam, und die den Zweck hat, durch Vereinfachung der Verwaltung die Eisenbahnen den wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen noch besser dienstbar zu machen als bisher, wodurch zugleich eine Ersparniß von 4 bis 5 Millionen Mark erzielt werden würde. Der Plan ist vorwiegend günstig aufgenommen worden.

Wie verlautet, wird dem Landtage ferner noch eine Vorlage über die Anlegung eines Rhein-Dortmund-Kanals zugehen, der dem rheinisch-westfälischen Industrie- und Montanbezirk eine direkte leistungsfähige Wasserstraße zum Rhein gewähren soll. Ein anderes Kanalprojekt, das eine Verbindung zwischen der Elbe und Trave (Lübeck) herstellen soll und welches von Preußen einen Kostenbeitrag von 7½ Millionen Mark erfordert, hat bereits am Mittwoch in zweiter Berathung die Genehmigung des Abgeordnetenhauses gefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden von einer Seite des Hauses Bedenken wegen der hierdurch für Preußen erwachsenden neuen Belastung, die bei der ungünstigen Finanzlage nicht zulässig sei, erhoben, aber von den Ministern Thielen und Miquel widerlegt; insbesondere wurde gerade auf den wirtschaftlichen Nutzen hingewiesen, der der Landwirtschaft aus der Anlegung dieses neuen leistungsfähigen Wasserweges von der Elbe nach der Ostsee erwachsen würde.

Die wirtschaftlichen Interessen erhalten durch alle diese Vorlagen eine wesentliche Förderung, und deshalb darf man sich der Zuversicht hingeben, daß der Landtag ihnen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen wird. Freilich verdient die finanzielle